



photocasa.com

Die Wohnungssituation in vielen europäischen Metropolen nahm in den vergangenen Jahren eine erschreckende Entwicklung. Extrem hohe Mieten und Immobilienpreise führten etwa in Paris, London und Barcelona zu einer Verdrängung einkommensschwacher Mieter. Die Menschen finden auf dem freien Wohnungsmarkt schlichtweg keine bezahlbaren Wohnungen mehr, soziale Probleme und damit Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit konzentrieren sich in bestimmten Wohnvierteln.

DIE LINKE. will bedarfsgerechte und bezahlbare Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten erhalten und neu schaffen. Voraussetzung dafür ist aber ein ausreichender Anteil von kommunalem und genossenschaftlichem Wohneigentum.

Es geht auch anders

Als der Freiburger Stadtrat beschloss, seine 8000 städtischen Wohnungen zu veräußern, bildete sich die Bürgerinitiative »Wohnen ist Menschenrecht« und schaffte es im November 2006 tatsächlich, ein Bürgerbegehren durchzusetzen und den Verkauf zu stoppen. Über 70 Prozent der Freiburger Bürgerinnen und Bürger stimmten gegen die von der CDU unterstützten Pläne des grünen Oberbürgermeisters Salomon.

Die Volksinitiative »Sicheres Wohnen und Arbeitsplätze« in Nordrhein-Westfalen mobilisiert seit Monaten gegen die Absichten der CDU/FDP-Landesregierung, mehr als 100 000 landeseigene Wohnungen zu verkaufen.

Der Freiburger Bürgerentscheid war ein deutliches Signal gegen die Politik der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Und im Übrigen auch eine Sternstunde der direkten Demokratie. Das wollen wir unterstützen.

Abonnieren Sie unseren Newsletter »Bauen und Wohnen« unter:
www.linksfraktion.de/newsletter

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Wohnen ist Menschenrecht – Alternativen zur Privatisierung

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



photocasa.com

»Heuschrecken« vor der Wohnungstür

Die verfehlte Finanzpolitik der Bundesregierung führt dazu, dass insbesondere Kommunen die Mittel ausgehen und sie hoffnungslos verschuldet sind. Um Schulden tilgen zu können, haben Bund, Länder und Kommunen in den vergangenen Jahren einen hemmungslosen Ausverkauf öffentlichen Eigentums betrieben. Nach kommunalen Eigenbetrieben im Bereich der Ver- und Entsorgung – Wasser, Energie, Müll – trifft es nun mehr und mehr die Wohnungsbaugesellschaften.

Rund 800000 ehemals kommunale Wohnungen sind inzwischen an Fondsgesellschaften veräußert worden. Vier von zehn Kommunen beabsichtigen mittlerweile, ihre Wohnungen zu verkaufen, zumeist an ausländisches Kapital, so genannte Private Equity Unternehmen. Über Mieterhöhungen, Einsparungen bei Personal und Bewirtschaftung sowie Weiterverkäufe nach Luxussanierungen an zahlungskräftige Mieter zielen die Fonds kurzfristig auf satte Gewinne. Kommen, kahlfressen, weiterziehen – das ist ihre Devise, die ihnen den Titel »Heuschrecken« eingebracht hat.

Wohnungen sind keine Ware

Für DIE LINKE. gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde eine sichere, dem Bedarf entsprechende Wohnung. Sie ist Zentrum des Lebens, steht für Identität und darf deshalb nicht wie eine gewöhnliche Ware gehandelt werden. Wohnen ist Menschenrecht!

Soziale Wohnungspolitik heißt für uns: vorausschauend und an den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen orientiert. Gerade junge Familien mit Kindern möchten wieder verstärkt in die Innenstädte ziehen. Die Politik muss darauf reagieren und ein familienfreundliches Wohnumfeld schaffen. Dazu zählen ausreichende Angebote an Kinderbetreuung, Schulen und verkehrsberuhigte Straßen.

DIE LINKE. will, dass der soziale Wohnungsbau gestärkt wird, genossenschaftliche Initiativen unterstützt, ausreichend alten- und behindertengerechter Wohnraum zur Verfügung gestellt, die Bewohnerinnen und Bewohner durch Quartiersmanagement in die lokalen Entscheidungen einbezogen werden.

Wohnen darf kein Luxus sein

Es ist eines modernen Sozialstaates unwürdig, dass Menschen von Obdachlosigkeit und Zwangsumzügen bedroht sind, wenn sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können.

Wir setzen uns dafür ein, dass es auch künftig einen öffentlichen Wohnungsbestand gibt. Junge Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, die über wenig Einkommen verfügen, können sich luxussanierte Wohnungen nicht leisten. Viele Menschen sind gezwungen, aus ihrer gewohnten Umgebung wegzuziehen.

Die Folgen der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge spüren Mieterinnen und Mieter auch bei den Betriebskosten. In den Jahren 2000 bis 2005 sind die Energiepreise für Privathaushalte um 30 Prozent gestiegen. Angesichts dieser Preisentwicklung hat DIE LINKE. mit einem Antrag im Bundestag Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Privathaushalte gefordert.

Bund fördert »Wohnungsmonopoly«

Der Bundesrat billigte – mit Ausnahme des rot-rot regierten Landes Berlin – am 30. März 2007 den Gesetzentwurf der Bundesregierung für die Einführung der Real Estate Investment Trusts (REITs) und ließ damit rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Deutschland börsennotierte Immobilienfonds zu. Diese dienen Finanzinvestoren als Instrument für Immobilienspekulationen. Häufige Eigentumswechsel sind

die Folge. Gleichzeitig drohen der öffentlichen Hand massive Steuerausfälle, da das Gesetz Immobilienunternehmen steuerlich begünstigt.

Die Fraktion DIE LINKE. lehnt Immobilien-Aktiengesellschaften ab und hat einen entsprechenden Antrag im Deutschen Bundestag eingebracht. Die sich anschließende Debatte im Plenum zeigte klar: Nur die Fraktion DIE LINKE. vertritt die Interessen der Mieterinnen und Mieter und stellt sich gegen die Forderungen der Banken- und Finanzmarktlobby.



Den sozialen Frieden wahren

Die Auswüchse der neoliberalen Politik schränken die Gestaltungsspielräume der politisch Verantwortlichen – gerade auf kommunaler Ebene – zunehmend ein. Verfügt eine Kommune nicht über eigene Wohnungen, ist sie weder in der Lage, die Höhe der Mieten zu beeinflussen, noch, an Programmen zur Stadtentwicklung teilzunehmen. Das muss nicht so sein: Kommunen können Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern, die Miet- und Betriebskostenentwicklung dämpfen, eine Aufwertung des Wohnumfeldes durch Stadtumbau und Quartiersmanagement organisieren. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen sind daher für die sozialpolitischen und städtebaulichen Aufgaben der Zukunft unverzichtbar. Nur so wird die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger in Fragen der Stadtentwicklung sichergestellt.